

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten Nr. 12 | Juni 2006

PC-Gebühr: Bürokratisches Monster ohne adäquates Programmangebot

Von Grietje Bettin

Ab 2007 kostet der PC GEZ-Gebühr.

Wer keinen Fernseher und kein Radio, aber einen internetfähigen Computer zu Hause oder im eigenen Betrieb stehen hat, muss ab 1. Januar monatlich 17,90 Euro berappen. Bis dahin gilt noch das so genannte Moratorium im Rundfunkstaatsvertrag, das empfangsfähige Computer von der GEZ vorerst noch ausnimmt. Egal ob ein Rechner oder viele, die Gebühr wird nur einmal fällig. Unklar ist noch, in welchen Einheiten große Unternehmen und öffentliche Einrichtungen wie Hochschulen zur Kasse gebeten werden.

Ungerecht und bürokratisch ist die geplante Gebühr. Zugegeben: Nur eine verschwindend geringe Minderheit aller Privathaushalte wird tatsächlich betroffen sein, für alle anderen ändert sich nichts. Dafür sehen sich aber die meisten Betriebe und viele öffentliche Einrichtungen neuem Papierkram und unnötigen Belastungen ausgesetzt. Sie brauchen heutzutage fast alle einen

PC mit Internetanschluss, ohne aber Fernsehen gucken zu wollen.

Ein weiterer Kritikpunkt: Internetfähig heißt noch lange nicht rundfunkempfangsfähig. Nur Computer mit einem schnellen Zugang zum weltweiten Netz (wie etwa DSL) können überhaupt Fernsehen und Hörfunk empfangen. Solch einen Anschluss haben aber noch längst nicht alle Haushalte. Drittens kommt das bisher per Internet verfügbare Programm der Öffentlich-Rechtlichen noch ziemlich mau daher. Es reicht noch lange nicht an das auf herkömmlichen Kanälen empfangbare heran. Rechtliche Hürden verhindern derzeit auch den Empfang des Programms im Ausland. Das aber ist einer der interessanteren Aspekte für vielreisende GEZ-ZahlerInnen und Auslandsdeutsche, die sogar freiwillig GEZ zahlen würden, um öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen konsumieren zu können.

Ganz klar: die PC-Gebühr ist derzeit eine ungerechte Sache. Das Moratorium muss zumindest verlängert werden, bis das öffentlich-rechtliche Programmangebot im Internet mit dem in Radio und Fernsehen vergleichbar ist.

Die Debatte um die PC-Gebühr zeigt aber noch mehr: Die Orientierung an Gerätetypen ist überholt.

Wir Grüne wollen daher eine Medienabgabe pro Haushalt, Einrichtung und Betrieb, unabhängig vom jeweiligen Gerät. Nicht nur PCs mit Breitbandanschluss, sondern auch UMTS-Handys oder andere Mobilempfänger sind rundfunkempfangsfähig. Es macht keinen Sinn, jedes Jahr aufs Neue zu verhandeln, welches Gerät mit einbezogen wird und welches nicht, und das jeweils noch nachprüfen zu müssen, mit den teilweise fragwürdigen Methoden mancher GEZ-Eintreiber.

Bei einer allgemeinen Medienabgabe muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Gebühren aber auch medienübergreifend einsetzen und im Internet attraktive Programme bereithalten: Das Internet muss die dritte Säule des Rundfunks neben Radio und Fernsehen werden.

Mit der Medienabgabe wäre die Debatte um die PC-Gebühr hinfällig. Auch wenn Rundfunkpolitik in die Kompetenz der Länder fällt und wir als Bund keine direkte Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeit haben, werde ich mich für diese Lösung stark machen. ●



Griete Bettin,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen



Europäische Union: Nur konkrete politische Projekte schaffen neues Vertrauen

Mit konkreten Projekten können wir die Vorteile und die Erfordernisse einer stärkeren Zusammenarbeit in der EU deutlich machen. Rainer Steenblock hat Vorschläge und Schwerpunkte zusammengestellt.



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Von Rainer Steenblock
Mit konkreten politischen Projekten möchte die EU-Kommission das Vertrauen der BürgerInnen zurückgewinnen. Das ist ein wichtiger Vorschlag und die richtige Konsequenz aus der schwierigen Situation, in der wir uns seit dem doppelten Nein zum

Verfassungsvertrag befinden. Denn mit konkreten Projekten können wir die Vorteile und Erfordernisse einer stärkeren Zusammenarbeit in der EU deutlich machen. Folgend die Schwerpunkte meiner Arbeit der nächsten Monate.

EU-Finzen ökologisch und demokratisch umgestalten

Das EU-Finanzierungssystem steht vor dem Kollaps. Alle Jahre wieder verkommen die Finanzverhandlungen zu

unseligen Nettozahlerdebatten. Deshalb brauchen wir die Ökologisierung und Demokratisierung der EU-Finzen. Konkret wollen wir einen Teil der Mineralölsteuer zur Finanzierung des EU-Haushalts verwenden, die direkten nationalen Beiträge senken und langfristig sollten auch Erlöse aus Versteigerungen von CO₂-Zertifikaten und ein Teil der Körperschaftssteuer in die EU-Kasse fließen.

Totgesagte leben länger

Am diesjährigen Europatag ratifizierte Estland als 15. Staat den EU-Verfassungsvertrag und sendet damit ein ermutigendes Signal für die weiterhin so notwendige Reform der institutionellen Grundlagen der EU. Einig sind wir uns alle: Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa, um den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht zu werden.

EU-Nachbarschaftspolitik

Die EU hat mit ihrer Nachbarschaftsinitiative Interessensräume und Einflusssphären definiert, die es mit konkreten Politiken zu füllen gilt. So muss zum Beispiel die Ukraine nach den jüngsten Parlamentswahlen auf ihrem Weg in die EU weiterhin unterstützt werden. Dafür werde ich im Juni ein Fachgespräch zur Analyse der neuen Regierung durchführen und im Juli zu weiteren Gesprächen in die Ukraine reisen. Auch der Süd-Kaukasus verlangt nach verstärkter EU-Annäherung, so dass ich im September in die Region fahren werde, um einen vertieften Einblick in die Situation vor Ort zu gewinnen.

EU-Lateinamerikagipfel

Von „Linksruck“ und „Postneoliberalismus“ ist die Rede, von Verstaatlichung der Bodenschätze und von neuen Integrationsprojekten – Lateinamerika rückt wieder in die Schlagzeilen der internationalen Presse. Doch wie sind die politischen und ökonomischen Entwicklungen auf dem Subkontinent einzuschätzen? Wie soll Europa mit den neuen Kräften der Linken umgehen? Und wie steht es um die angestrebte „strategische Partnerschaft“ der EU mit Lateinamerika? Zu Fragen organisieren wir ein Fachgespräch für den 22. Juni in Berlin.

Maritimen Umweltschutz verbessern
Überfischung, Verschmutzung und Klimawandel gefährden die maritime Umwelt und die Entwicklung von Wohlstand und Arbeitsplätzen. Die Meeresanrainer sind deshalb aufgefordert, Verbesserungspläne zu entwickeln, damit in allen EU-Meeren ein guter Umweltzustand erreicht wird. Mit einem Fachgespräch Ende September werde ich mich in die Diskussion einschalten und auch einen Antrag entwickeln. ●

▶ Alle Papiere und weitere Infos findet ihr auf meiner Homepage: www.rainer-steenblock.de

Fehmarnbelt: Einigung in weiter Ferne



Die Fehmarn-Sund-Brücke

Auch nach diversen Spitzengesprächen bleibt es bei Absichtserklärungen und vagen Vertröstungen. Wichtige Fragen zum Thema feste Beltquerung bleiben dabei offen: Stimmen bei steigenden Benzinpreisen die Prognosen über das

Verkehrsaufkommen? Lassen sich 5,2 Milliarden Euro privat finanzieren und über Mauteinnahmen refinanzieren? Oder bleibt am Ende die öffentliche Hand über Staatsgarantien auf den Verlusten sitzen? Welche Auswirkungen sind für die umliegenden Häfen zu erwarten? Und: Gibt es für Schleswig-Holstein nicht wichtigere Projekte wie den Metroexpress von Kiel nach Hamburg? Schon heute gibt es eine leistungsfähige und nachhaltige Möglichkeit, den Fehmarnbelt zu überqueren. Wir setzen auf ein optimiertes Fährkonzept. Eine feste Querung bleibt überflüssig. ●

Freiwilliges Ökologisches Jahr: Schleswig-Holstein



Grietje Bettin im Gespräch mit einer Teilnehmerin am FÖJ

Freiwilligendienste stärken – damit haben wir unter Rot-Grün begonnen. Auch das „FÖJ“, das Freiwillige Ökologische Jahr, profitiert heute noch davon: Auf 4,4 Millionen Euro steigt 2006 der Bundeszuschuss. Doch Schleswig-Holstein blockiert: Um 50 Prozent will Schwarz-Rot die Mittel für den Dienst an der Umwelt kürzen, von 1,6 Millionen auf knapp 800.000 Euro. Statt 150 soll es nur noch 110 Stellen geben und die Betreuung soll ausgedünnt werden.

Ein falsches und fatales Signal. Das FÖJ ist ein voller Erfolg – für die Umwelt, für naturnahen Tourismus, aber auch für die berufliche Orientierung der jungen Menschen.

Mal wieder wird am falschen Ende gespart. Statt das FÖJ auszubluten sollte Schwarz-Rot im Land lieber den gewaltig aufgeblähten Regierungsapparat schnell wieder einschrumpfen lassen. ●

Kultur und Hartz IV

Künstler haben es schwer: Durch die Hartz-Gesetze und durch die für die Kultursparte typischen befristeten, projektbezogenen Arbeitsverhältnisse rutschen sie schneller als andere Berufsgruppen in den ALG II-Bezug, auch wenn sie in der Summe nicht weniger in die Sozialversicherung einzahlen.

In anderen Ländern, zum Beispiel in der Schweiz oder in Frankreich, wurden deswegen besondere Regelungen für den Kulturbereich erlassen. Wir Grüne wollen hier ansetzen. Wenn der Staat die Kultur fördern soll, muss er auch für Kulturschaffende gute Rahmenbedingungen schaffen. Deswegen werden wir am 27. Juni zu einem Fachgespräch der Fraktion einladen, um Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. ●

Wahlkreisbüro Steenblock
Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Silvia Uplegger
Irene Hahn
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

www.rainder-steenblock.de

Wahlkreisbüro Bettin
Claudia Prehn
Sabine Meyer-Zenk
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Konstanze Ullrich
Florian Bernstorff
Nina Morschhäuser
Kim Osterwald
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

www.g-bettin.de